

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 4

Artikel: Radikal umverteilen
Autor: Lafontaine, Oskar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340602>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mit denen heute ganz anders umspringen.

Beide Beispiele können bedeuten: Die Geschwister SPD und DGB haben sich nicht mehr viel zu sagen – familiäre Sentimentalität und der Krach wären lediglich verschiedene Seiten derselben Medaille.

Mal ärgern sich zum Beispiel Gewerkschaftsrepräsentanten darüber, dass sie sich auf Veranstaltungen der SPD zu Zukunftsthemen mit einem Platz in der zweiten Reihe begnügen müssen. Dann wiederum verdriesst Genossen, dass DGB-Gewerkschafter mit Auszug drohen, weil ein Vertreter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) ein Grusswort sprechen darf.

Sozialdemokraten stösst sauer auf, dass der Gewerkschaftsbund an den Vorschlägen der Bonner Koalition zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen noch Bedenkenswertes finden. Die Sozialdemokraten operieren längst auf der Linie: Da werden doch nur die Kasernenmitglieder «abkassiert».

Unverziehen ist offenbar der SPD, dass sie beim langandauernden Skandal um die Neue Heimat nicht im Schritt mit dem DGB marschierte. Die Dachorganisation geizte noch mit Selbstkritik, als Sozialdemokraten den Gewerkschaftsbund selber hart annahmen.

Freilich: Im Selbstverständnis manches Gewerkschafters zeigt die SPD Konditionsmängel. Ob der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit noch Thema Nummer eins sei, fragen giftig Betriebsräte wie Funktionäre. Dieselbe skeptische Frage stellen sich Sozialdemokraten, wenn sie intern über die Gewerkschaftspolitik diskutieren.

Nicht zu verbergen war, dass die SPD-Bundestagsfraktion bei den Vorschlägen zur Lösung der Stahlkrise mit unterschiedlichen Zungenschlägen

aufwartete: Mal war die Vergesellschaftung Programmpunkt, mal wurde diese Position von IG-Metallern pikiert vermisst.

Gewerkschaftsvertreter mokieren sich über bürokratische Strukturen in der SPD. Sozialdemokraten merken säuerlich an, einige Gewerkschaften seien erst dann zufrieden, wenn die Wünsche ihrer Zentrale bis aufs Komma beherzigt worden seien. Die Liste der Ärgernisse liesse sich fortsetzen.

Es rächt sich heute, dass die Sozialdemokraten nicht ausreichend analysierten, wie sehr die Arbeitnehmerorganisationen auf eine «umfassende Politisierung der Gewerkschaftsarbeit» (Franz Steinkühler) drängen.

Nachdrücklich hat unlängst der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, davor gewarnt, das Verhalten der Arbeitnehmervertretungen als «pure Abwehrschlacht» und als «letztes Aufbäumen überkommener dinosaurierartiger Grossorganisationen» zu deuten.

Van Haaren nannte das Festhalten an gewerkschaftlichen Grundpositionen einen Versuch, «Weichenstellungen für die Zukunft zu beeinflussen». Und dazu zählte der Postgewerkschafter nicht zuletzt auch «Einwirken auf Parteien, Parlamente und Regierungen». Hier müsse wieder ein «politi-

sches Hauptaktionsfeld der Einheitsgewerkschaft» liegen. Nur unter grossen Mühen haben es andererseits die Sozialdemokraten gelernt, die Zeit der sozialliberalen Ära innerlich zu verarbeiten. Nun aber müssen die Genossinnen und Genossen erleben, dass für den DGB und seine Einzelorganisationen der politische Gegner in Bonn die erste Adresse ist und nicht mehr die alte Sozialdemokratie neben den Gewerkschaften Erbe der Arbeiterbewegung.

Es hapert also am jeweiligen Rollenverständnis sowie am Dialog über Ziele und Mittel der beiden grossen Organisationen.

Das SPD-Präsidium hat in seiner Erklärung die Wogen zu glätten versucht: Sowohl Lafontaine als auch seine Widersacher fanden sich in dem Papier wieder. Sogar die konservative «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vermochte einen «Brückenschlag» zu den Gewerkschaften zu erkennen.

«Dumm, dreist und töricht», hatte Bundeskanzler Kohl 1984 die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche durch die IG Metall genannt – Lafontaines Vorstellungen bezeichnete der unbestritten mächtigste Gewerkschaftsvorsitzende Steinkühler jetzt lediglich als «töricht».

Das lässt hoffen.

Radikal umverteilen

Von Oskar Lafontaine

Machen wir uns doch nichts vor: Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich gehören längst zur hässlichen Wirklichkeit. Seit Jahr und Tag werden Menschen auf die denkbar radikalste Weise ohne jeden

Lohnausgleich auf die Arbeitszeit Null gesetzt – und dies gleich zweieinhalbmillionenfach. Marie Jahoda hat einmal geschrieben: Arbeitslose brauchen nicht Sozialtherapie, Arbeitslose brauchen Arbeit. Des-

halb müssen wir unser Möglichstes tun – ich gebrauche sehr bewusst diese höchste Wortsteigerung: unser Möglichstes – um jedem Arbeitswilligen einen Arbeitsplatz zu geben.

Über das «Möglichste» lässt sich natürlich streiten, doch sollten die Argumente wahrhaftig sein. Ich predige nicht einfach Lohnverzicht, weil ich den liberal-konservativen Irrglauben nicht teile, dass allein durch eine Verbilligung der Arbeitskraft Arbeitsplätze geschaffen werden. Wer ist schon so naiv, seine ganzen Hoffnungen auf das soziale Gewissen der Unternehmer zu setzen? Würden die Arbeitnehmer auf einen Lohnanteil schlicht verzichten, die Arbeitgeber würden sich artig bedanken und hinter ihren Villen Golfplätze anlegen. Nein, der Lohnverzicht an sich zeitigt keinen arbeitsplatzschaffenden Effekt, und so ist auch die hohe Arbeitslosigkeit keine Folge des hohen Lohnniveaus.

Vielmehr ist sie – unter anderem – auch ein Ausdruck dafür, dass in einem Land mit hoher und rasch steigender Produktivität noch zu viele Menschen zu lange arbeiten. Nicht der Lohnverzicht, sondern eine einschneidende Verkürzung der Arbeitszeit wird beschäftigungswirksam sein – was auch von den Gewerkschaften seit langem erkannt worden ist. Mit Fug und Recht fordern sie deshalb in den Tarifverhandlungen nicht nur Lohn- und Gehaltserhöhungen, sondern auch Arbeitszeitverkürzungen. Solche Forderungen sind nicht nur ein notwendiger Ausgleich für die infolge von Preiserhöhungen geschwundene Kaufkraft, sie entspringen vor allem dem berechtigten Wunsch der Arbeitnehmer, an dem von ihnen erwirtschafteten Produktionszuwachs angemessen beteiligt zu werden.

Ich weiss, dass die Arbeitnehmer in den letzten Jahren vom Produktionszuwachs eher ein zu kleines als ein zu grosses Stück abbekommen haben. Und ich weiss, dass die Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen ihre moderaten Forderungen nach Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie nach Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich immer nur innerhalb des vorhandenen Verteilungsspielraums gestellt haben. Eben das ist der kritische Punkt. Denn die Verteilungsmasse wird im wesentlichen durch den Produktivitätszuwachs bestimmt.

Wenn aber die tarifvertraglich mit vollem Lohnausgleich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung immer nur innerhalb des im wesentlichen durch den Produktivitätszuwachs gesetzten Verteilungsrahmens erfolgt, dann kann sie im Endeffekt auch nicht viel mehr sein als ein Ausgleich für den zeitlichen Produktivitätsgewinn. Produktivitätssteigerung heisst ja, dass in weniger Zeit mehr produziert wird. Die tarifvertraglich weggekürzte Arbeitszeit entspricht im grossen und ganzen nur der durch Rationalisierung und Arbeitsintensivierung eingesparten, also überflüssig gewordenen Arbeitszeit.

Kein Zweifel, dass in der Vergangenheit die tarifvertraglich mit vollem Lohnausgleich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung, in dem sie den zeitlichen Produktivitätsgewinn ausglich, viele der vorhandenen Arbeitsplätze sichern half; kein Zweifel aber auch, dass sie nicht dazu beitragen konnte, die vorhandene, über Jahre angestaute Masse der Arbeitslosigkeit in einem nennenswerten Umfang abzubauen. Für die mit der gesteigerten Produktivität eingesparte Arbeit werden keine neuen Arbeitskräfte eingestellt. Die angestaute hohe Arbeitslosigkeit lässt sich also nur durch

wirtschaftliche Innovation und Expansion abbauen – sowie durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, die den zeitlichen Produktivitätsgewinn merklich übersteigt, die also auch den Rahmen jenes durch den Produktivitätszuwachs bestimmten Verteilungsspielraums sprengt, in dem die Tarifverhandlungen bisher geführt wurden. Dementsprechend muss die Verteilungsmasse über den Produktionszuwachs hinaus vergrössert werden.

Hierzu müssen alle beitragen, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Wenn wir wirklich unser «Möglichstes» gegen die Arbeitslosigkeit tun wollen, dürfen wir auf einen Solidarbeitrag der Besserverdienenden genausowenig verzichten wie auf eine Umverteilung des Bruttosozialprodukts zugunsten der Arbeitnehmer.

Als 1982 der Münchner Parteitag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von allen, die monatlich mehr als 5000 Mark verdienen, einen Solidarbeitrag in Form einer Ergänzungsabgabe von bis zu sechs Prozent des Einkommens forderte, hat niemand gemurrt, obwohl es gegen eine solche Abgabe verfassungsrechtliche Bedenken gab. Was spricht dagegen, von der gleichen Verdienergruppe einen Solidarbeitrag in einer anderen Form zu fordern: Den Besserverdienenden soll die Zeit, die sie künftig nach tarifvertraglicher Regelung weniger arbeiten, nicht mehr entgolten werden.

Freilich soll die auf diese Weise erzielte Gehalts- und Lohnkostensparnis nicht etwa in die Taschen des Staates oder der Unternehmer fliessen, sie soll vielmehr an die tarifvertraglich vereinbarte Pflicht gekoppelt sein, dafür weitere Arbeitskräfte einzustellen. Mit ein bisschen Phantasie wird man für dieses Verfahren schnell die passenden, konkreten Modali-

täten finden. Die Tarifpartner dürfen sich nicht durch integrativen Selbstbetrug aus ihrer Verantwortung gegenüber den

arbeitslosen Menschen stellen und dem hochverschuldeten Staat die unerledigten Aufgaben zuweisen.

Oskars Denkfehler

Von Franz Steinkühler

Im Moment macht sich Oskar Lafontaine bekannt als Querdenker, als mutiger Zwischenrufer, gerngesehener Interviewpartner und als Gast an Personalityshows.

Anlass dazu ist seine Aufforderung, bei Arbeitszeitverkürzungen auf Lohnausgleich zu verzichten. Eine Aufforderung, die nur deshalb so sehr Furore macht, weil sie diesmal von einem Mann kommt, der sich anschiebt, nach vorne zu kommen.

Aber Oskar Lafontaine unterliegt nicht nur einer Reihe von Denkfehlern. Das wäre ja kein Problem, denn erstens ist Irren menschlich, und zweitens ist Oskar Lafontaine auch lernfähig.

Viel schlimmer ist, dass Oskar Lafontaine mit seiner undifferenzierten Aussage die in Hunderten von Tarifverhandlungen längst widerlegte Arbeitgeberagitation aufs neue belebt, wonach die Arbeitslosigkeit eine direkte Folge der Lohnhöhe wäre. Wechselkurs- und Kaufkraftparitätsveränderungen, die die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie weit aus mehr beeinflussen, und der Stand der Produktivität pro Arbeitsstunde haben in solch einfachen Denkkategorien natürlich keinen Platz.

Lohn- und Gehaltserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich finden im Rahmen von Tarifverhandlungen immer nur, was die für die Arbeitgeber wirksame Kosten-

seite anbetrifft, innerhalb des zur Verteilung stehenden Spielraumes statt. Für die Kostenseite ist es völlig unbedeutend, ob auf Arbeitszeitverkürzung ganz verzichtet und dadurch der ganze Verteilungsspielraum für Lohn und Gehalt ausgeschöpft wird oder ob der ganze Verteilungsspielraum für Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich genutzt und auf Lohnerhöhungen verzichtet wird.

Nicht gleichgültig allerdings ist es für die Arbeitnehmer und schon gar nicht für die Arbeitslosen. Bei Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich innerhalb der Grenzen des zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraums verzichten die Arbeitnehmer, die ihre Arbeitskraft noch gegen Lohn und Gehalt verkaufen können, auf den Teil der Lohn- und Gehaltserhöhung, den sie zusätzlich ohne Arbeitszeitverkürzung erhalten würden. Sie verzichten also solidarisch auf einen Teil ihres Einkommens zugunsten derer, die, bedingt durch Arbeitslosigkeit, keine Gelegenheit haben, ihre Arbeitskraft gegen Lohn und Gehalt zu verkaufen.

Wenn ich von Verteilungsspielraum geredet habe, so habe ich unkorrekterweise nur den Ausgleich der Preissteigerungen und die Teilhabe der Arbeitnehmer an der Produktivitätssteigerung unterstellt. Hinzu kommen muss aber unser Anspruch auf Umverteilung.

Denn Tatsache ist, dass der Anteil der Arbeitnehmer am Bruttosozialprodukt in den letzten Jahren beständig gesunken ist. Wenn ich den Umverteilungszuschlag aus dem Verteilungsspielraum rausgelassen habe, dann nur deshalb, weil man bei Oskar Lafontaine wohl unterstellen muss, dass er die derzeitige Lohnquote als unveränderbare, fest fixierte Grösse betrachtet.

Nun meint Oskar Lafontaine, wenn die Lehrer bei Arbeitszeitverkürzung auf einen Teil des Lohnausgleichs verzichten müssen, dann könnten dafür arbeitslose Lehrer eingestellt werden. Ein Teil der Klasse, nämlich die arbeitslosen Lehrer, werden begünstigt vom Verzicht des gleichen Teils der Klasse, nämlich der beschäftigten Lehrer.

Aber wie funktioniert dies bei den Arbeitnehmern der gewerblichen Wirtschaft? Überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind die Frauen in den unteren Lohngruppen und die weniger qualifizierten Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber nennen dafür als Begründung, dass gerade die unqualifizierte Arbeit in den unteren Lohngruppen zu teuer sei. Wenn Oskar Lafontaines Logik Sinn macht, dann müssten die unqualifizierten Arbeitskräfte und die Frauen in den unteren Lohngruppen auf einen Teil ihres Einkommens verzichten, damit arbeitslose Frauen und arbeitslose Unqualifizierte einen Arbeitsplatz kriegen können.

Oder meint Oskar Lafontaine, dass die auch heute noch gesuchten höchstqualifizierten Arbeitnehmer auf einen Teil ihres Einkommens verzichten sollen, damit Arbeitnehmer in den unteren Lohngruppen eingestellt werden? Beides hat keine Chance auf Realisierung.

Wenn alle Arbeitnehmer auf den Lohnausgleich verzichten